Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8. Fernsprecher 153 Fernsprecher 222
Haupt-Filiale Dresden: Marienstraße 34 Fernsprecher Amt I Nr. 1713.
Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10 Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Königl. Land- und des Königl. Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Familien- und Stellen-Anzeigen 20 ₰.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an besonderer Stelle nach Tarif.
Die 4gespaltene Reklamezeile 75 ₰.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Extra-Beilagen (nur an der Morgen-Ausgabe) nach besonderer Vereinbarung.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & W. Klinkhardt).
Herausgeber: Dr. Victor Klinkhardt.

Nr. 412. Dienstag 15. August 1905. **99. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Das niederländische Ministerium ist jetzt unter de Meester, dem Vizepräsidenten des Rates von Niederländisch-Indien, gebildet worden. (S. Ausland.)

* König Eduard VII. ist, nach einem Londoner Telegramm, gestern vormittag 10½ Uhr nach Marienbad abgereist.

* Die französische Flotte hat gestern früh mit der Ausfahrt aus dem Hafen von Portsmouth begonnen. Eine große Menge hatte sich am Ufer versammelt, die die Schiffe mit Hochrufen begrüßte.

* Bei Sevilla und Ossuna plünderten 3000 hungernde Arbeiter nachts Güter und Dörfer, raubten das Vieh, griffen die Höfe an und verlangten Freiheit. Die Gendarmerie ist nicht im Stande, die Plünderungen zu verhindern.

Erfahrungen in unserer deutschen Kolonialpolitik.

Seine Anschauungen an der Hand der Erfahrung berichtigen, schändet niemand. Auch Deutschland kann ruhig zugeben, Irrtümer gemacht zu haben. Nicht einmal in altvertrauten Zweigen der Staatsverwaltung kann Unfehlbarkeit beansprucht werden, wie viel weniger denn in einer für unser Vaterland so neuen Materie. Die schwere Prüfung, die uns betreffs unserer südafrikanischen Besitzung auferlegt ist, zwingt uns förmlich zur Untersuchung, ob und wie weit Deutschland auf dem rechten Wege gewesen ist. Dabei schwirren natürlich die Urteile bunt und widerspruchsvoll durcheinander Mit hellen Trompetenstößen, jedoch nicht zum Gruß sondern zum Kampf, setzen meist die „Praktiker" ein. Leute, die ihr Gut und ihre Zeit daran gewagt haben, um sich in deutschen Besitzungen eine Existenz zu schaffen, die das jedoch nicht erreicht haben und nun die bürgerliche oder die militärische Verwaltung oder die Heimat oder die Missionen für ihr Mißgeschick verantwortlich machen. Die Mission pflegt mit Abwehr und Gegenanklagen nicht zu kargen und den „Händlern" einen großen Teil der Schuld beizumessen. Auch die Verwaltungen finden ihre Verteidiger gegenüber den „Praktikern", die untereinander oft auch vollkommen entgegengesetzte Ansichten über die notwendig gewesenen Maßregeln entwickeln.

In diesem Wirrwarr die Stellung eines maßgebenden Richters zu beanspruchen, kann uns nicht einfallen. Dazu gehört eine Beherrschung des Materials und eine Kenntnis der Persönlichkeiten von Anklägern und Verteidigern, die wir uns nicht zuschreiben dürfen. Vielmehr scheint es uns ratsam, den Blick von den Einzelheiten abzulösen und mehr auf das Allgemeine zu richten.

Alle müssen wir anerkennen, daß bei Eröffnung der Kolonialpolitik unser Herz zu freudig gepocht hat und mit unserm Verstande durchgegangen ist. Der gute Wille betätigte sich im ganzen Volke, aber es mangelte an Kenntnissen. Vollkommen das Richtige traf Fürst Bismarck mit seinen ersten Grundzügen für die Kolonialpolitik. Er wollte anfänglich in gar keine staatliche Verwaltung für die neuen Besitzungen eintreten, sondern diese den beteiligten Kaufleuten, Pflanzern, Unternehmern, Ansiedlern selbst überlassen und nur Schutz gegen äußere Gewalt gewähren. So haben fast alle anderen Länder, namentlich aber die erfolgreichsten, Holland und England, die Sache angefangen. Die deutschen „Kompagnien" in Ostafrika und Neuguinea waren nach den Vorbildern aus diesen Ländern geschaffen. Unglücklicherweise hat man sich davon abdrängen lassen. Die Veranlassung dazu lag in dem Irrtum über das, was die Kolonien „tragen konnten". Für ein Bauerngut darf man nicht einen Verwaltungsapparat einrichten, wie für ein großes Fideikommißgut. Unsern neuen Besitzungen wurde ein Mantel umgehängt, als handle es sich um so ergiebige Länder wie Bengalen oder Java. Die Interessenten weigerten sich bald, solchen Anforderungen zu entsprechen. Die Landesverwaltung mußte ihnen nun wieder abgenommen werden und wurde auf Andrängen von allen Seiten, nicht zum wenigsten auch von den Verwaltungsbeamten selbst, immer mehr erweitert. Damit wuchs nun wieder das Vertrauen geschäftlicher Kreise (meist mit Ausnahme der skeptischen Hanseaten, die doch zum urteilen am berufensten waren), so daß immer wieder neue Unternehmen gewagt und namentlich neue Projekte aufgestellt wurden: wir nehmen an, daß sie meist von gutgläubiger Seite kamen. Aber grausame Fehlschläge blieben nicht aus. Wir nennen nur die Neu-Guinea-Kompagnie, die von Anfang an mit den umfassendsten kapitalistischen und wissenschaftlichen Mitteln gearbeitet hat und doch ihr ganzes Kapital verloren hat. Dabei ist Neu-Guinea noch ein fruchtbares Land; es hat äußerst wertvollen Tabak und ganz hervorragende Baumwolle erzeugt. Leider sind die zur Kultivierung geeigneten Ebenen zu klein, das ganze Land ist durchaus „gefaltet", in Berge und Täler aufgelöst. Gold- oder Edelsteinfunde von Belang hat man nicht gemacht; wenn nicht etwa von dieser Seite ein großer Glücksfall eintritt, ist nicht abzusehen, woher eine Rentabilität kommen soll. Fruchtbarkeit allein ist noch keine Bürgschaft für wirtschaftliche Ertragsfähigkeit, sonst müßte Brasilien, das das Amazonenbecken besitzt, das reichste Land der Erde sein. Das Amazonenbecken ist eine einzige Ebene von ganz erstaunlichem Bodenreichtum, es ist durchströmt von dem größten Fluß der Erde mit einer ganzen Anzahl Riesenströme, die ihm dienstbar sind; alle sind bis weit hinauf, teilweise bis an den Fuß der peruanischen Kordilleren, schiffbar; die Seeschiffahrt geht bis Tabatinga stromaufwärts, d. h. bis an die Grenze Perus. Trotz alledem ist das Amazonas-Tiefland erst jetzt durch die Kautschukgewinnung in den Anfang wirtschaftlicher Ergiebigkeit eingetreten, und auch dies bezieht sich noch kaum auf den Osten des Landes. Vierhundert Jahre hat man nichts damit anzufangen gewußt.

Deutschland ist nun einmal durch das Verhängnis seiner Geschichte zu spät gekommen. Es mußte sich mit dem begnügen, was die anderen Völker hatten liegen lassen. Dieser Unterschied konnte durch keinerlei Aufopferung und guten Willen wieder gutgemacht werden. Am besten geht es noch mit Westafrika, wo die findigen Hanseaten schon vor Eröffnung der Kolonialpolitik, also auf eigene Hand, gewinnbringende Niederlassungen geschaffen hatten. Sie tasteten sich hier an der Hand ihrer geschäftlichen Erfahrungen vorwärts und brachten es zu etwas. Aber Südwestafrika ist und bleibt ein trockenes Land, das mit einer sehr extensiven Wirtschaft eine gewisse Anzahl Ansiedler — man schätzt sie auf 50 000 — ernähren kann, aber nicht mehr; auch dies nur, wenn eine umfassende Stauweiher-Wirtschaft die unzulängliche Wassermasse sorgsam zusammenhält. Das Land ist sogar gefährlich insofern, als es, wie Australien, gelegentlichen verderblichen Dürren unterworfen ist, die unter dem soeben erst mühsam herangezogenen Viehstapel furchtbar aufräumen.

Etwas besser ist Ostafrika. Die Hoffnungen auf bäuerliche Ansiedelungen im Hochlande des Kilimandscharo sind gänzlich fehlgeschlagen. Die Versuche mit Kaffeebau mußten aufgegeben werden, obwohl die erzeugte Ware vortrefflich war: gegen die Hemileiakrankheit konnten die Pflanzer nicht kämpfen. Ueber den Wert des Geländes an den drei großen Seen kann noch nicht das Urteil gesprochen werden. Erst die Eisenbahn kann entscheiden, ob lohnende Kulturen eröffnet werden können. Weite Flächen, meist die östliche, der Küste nähere Hälfte, haben nur Saisonregen und werden in der Trockenzeit so dürre, daß selbst tiefwurzelnde Pflanzen, Bäume, nur in nächster Nähe der Flußbetten (die natürlich zeitweilig trocken sind) ausdauern können. Im übrigen kann die Vegetation nur aus Pflanzen bestehen, die während der Regenperiode eines Jahres Samen zur Reife bringen können, der bis zur nächsten Regenperiode liegen bleiben kann. Die Landschaft ist also meist Tropensteppe.

Mineralische Funde können natürlich den Wert von Südwest-, wie von Ostafrika mit einem Schlage ändern. Vorläufig steht man hier vor dem Unbekannten.

Die kleineren Nachbarinseln von Neuguinea stehen noch kaum in den ersten Anfängen der Kulturversuche. Samoa steht auf einer ungleich höheren Stufe, doch muß man sagen, daß das unaufhörliche Streiten zwischen den Ansiedlern und der Verwaltung einen unerquicklichen Eindruck macht.

Kiautschau steht auf einem ganz anderen Brett. Kiautschau hat eine große Zukunft.

Mit unserer mehr als zwanzigjährigen Kolonialpolitik sind wir nun dahin gelangt, mit südwestafrikanischen Eingeborenen anderthalb Jahre einen Krieg führen zu müssen, der viel Menschenleben, viele Kulturanfänge vernichtete und Hunderte von Millionen gekostet hat, und dessen Beendigung noch nicht gerade in allernächster Zukunft winkt. Die Ausgaben der Kolonialverwaltung (ohne den südwestafrikanischen Krieg und ohne den im Marinebudget liegenden Posten) betragen für 1905 20 059 000 ℳ, haben aber 1904 schon 22½ Millionen überstiegen. Nennenswerte Einnahmen hat die Kolonialverwaltung nur aus dem Ersatz der chinesischen Kriegskosten. Der Handel der Kolonien, ohne Kiautschau, das eine Ausnahmestellung einnimmt, spricht sich in folgenden Zahlen aus:

	Gesamteinfuhr nach:	Gesamtausfuhr aus:
Ostafrika . . .	11 188 000 ℳ	7 054 000 ℳ
Kamerun . . .	9 426 000 ℳ	7 139 000 ℳ
Togo	6 105 000 ℳ	3 616 000 ℳ
Südwestafrika .	7 931 000 ℳ	3 444 000 ℳ
Afrika zusammen	34 650 000 ℳ	21 253 000 ℳ
Südsee zusammen	6 946 000 ℳ	3 885 000 ℳ
zusammen . .	41 596 000 ℳ	25 138 000 ℳ

Darin ist der Handel unserer Kolonien mit anderen Ländern eingeschlossen; er ist bei weitem größer als der mit Deutschland. Aus Afrika kamen 1903 nur 6,8 Millionen Mark nach Deutschland; aus Deutsch-Australien nur 500 000 ℳ.

Die Entwickelung ist also auch hinter mäßigen Erwartungen weit zurückgeblieben. Das soll uns wahrlich nicht veranlassen, in den Ruf einzustimmen: Fort mit den Kolonien. Wohl aber betonen auch wir, daß die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Kolonien, nun sie näher ergründet ist, auch bei den Ausgaben und bei neuen Kapitalaufwendungen sorgsam berücksichtigt werden sollte. Und noch eins: Unsere Ausfuhr nach Afrika betrug 1903 nur 12,1 Millionen Mark, nach Deutsch-Australien nur 0,9 Millionen, zusammen nur 13 Millionen Mark unter einer Gesamtausfuhr von 5315 Millionen Mark. Das ist etwa ein Viertelprozent. Darin liegt eine ernste Mahnung, nämlich nicht in Hoffnung auf eine zukünftige und ganz unbekannte Entwickelung der Kolonien die Handelspolitik mit den fremden Ländern zu unterschätzen. Als Absatzmärkte sind diese uns zweihundertfünfzigmal so wichtig.

Der Aufstand in Südwestafrika.

Ein Zwist in Windhuk.

Zwischen der Zivilbevölkerung von Windhuk und dem militärischen Gouvernement des Schutzgebietes bestanden schon seit längerer Zeit ernste Meinungsverschiedenheiten, die jetzt einen akuten Charakter angenommen haben. Der dortige Beirat hat, wie die neueste Nummer der „Deutsch-Südwestafrikanischen Zeitung" berichtet, sein Amt niedergelegt.

Der Beirat hatte mit dem Regierungsvertreter schon von anfang an über die Grenzen der Oeffentlichkeit der Beiratssitzungen manchen Strauß ausgefochten. Vor kurzem hatte nun Generalleutnant v. Trotha die Verwaltung angewiesen, die Windhuker Nachrichten wegen ihrer an bestimmten Regierungsmaßregeln geübten, übrigens durchaus maßvollen Kritik keine amtlichen Mitteilungen mehr zukommen zu lassen. Infolgedessen sollte auch die Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle des Beirats in jenem Blatte nicht mehr erfolgen. Hierin erblickten die bürgerlichen Mitglieder des Beirats eine unzulässige Beschränkung der Oeffentlichkeit. Sie stellten ihre Teilnahme an den Sitzungen ein und beriefen eine Versammlung des Windhuker Bezirksvereins, in der sie ihr Verhalten rechtfertigten. Einstimmig wurde ihnen hier ein Vertrauensvotum erteilt. In der Debatte wurde der Beirat in seiner bisherigen Bildung und Zuständigkeitsbegrenzung als eine Institution bezeichnet, die auch nicht im mindesten dem entspreche, was die Bevölkerung von ihr erwarten könne und müsse. Denn Erfolge in dem Sinne, wie ein Beirat, dem die Vertretung der Interessen der Bevölkerung als wichtigste Aufgabe zufalle, sie ergeben müsse, lägen überhaupt nicht vor. Zu mehreren wichtigen Fragen sei der Beirat überhaupt nicht herangezogen worden. Im Verlaufe seiner Tätigkeit habe der Beirat die Ueberzeugung gewonnen, daß das bestehende System die Einrichtung zu einer wertlosen mache. Und zwar 1) weil der Beirat keinen Anspruch darauf habe, in wichtigen Entscheidungen gehört zu werden und 2) weil er keine beschlußfassende Stimme besitze. Ein anderer Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhältnisse für die Zivilbevölkerung sich besser gestalten möchten, sobald Herr von Lindequist, zu dem das Schutzgebiet hohes Vertrauen habe, erst sein Amt angetreten habe, was hoffentlich bald zu erwarten sei.

Stoff zur Mißstimmung in der Hauptstadt des Schutzgebietes liefert ferner ein Vorgang, über den wie folgt berichtet wird: „In Windhuk beabsichtigt man, aus Anlaß eines neuerlichen Spezialfalles, in dem die läufische Ueberlassung eines Bauplatzes in der Honoratiorengegend — wie man dort scherzhaft das sogenannte Beamtenviertel nennt — abgelehnt wurde, die uralte Frage bei den maßgebenden Stellen in Berlin zur Entscheidung zu bringen, mit welchem Recht das Gouvernement die Grundstücke in der besten und schönsten Lage Windhuks nicht bloß für Bureaus und Diensträume, sondern auch für die Wohnungen seiner Beamten unter grundsätzlicher Ausschließung der Zivil-Bevölkerung in Anspruch nehmen darf. Diesem Vorhaben ist ein voller Erfolg zu wünschen. Man vermag es wohl zu verstehen, wenn ein bestimmtes Terrain für Bureaus reserviert wird, weil dabei ein gewisses Staatsinteresse obwalten kann. Es entspricht aber sicher nicht dem Staatsinteresse, daß man die Beamten in den privaten Bedürfnissen, die sie mit allen gemein haben — und dazu gehört die Wohnung — vor der Zivilbevölkerung bevorzugt. Das erzeugt Erbitterung, weil in solcher Maßnahme eine durch nichts gerechtfertigte Zurücksetzung der Bevölkerung und eine Ueberhebung des Beamtentums erblickt wird. Auch der Zivilbevölkerung muß das bekannte Plätzchen an der Sonne gegönnt werden."

Samuel Maharero und Hendrik Witboi.

Nachrichten aus dem Norden des Schutzgebietes zufolge soll Samuel Maharero, der Oberhäuptling der Herero, jetzt nordöstlich von Rehoboths Gebiet im Ovambolande, scheinbar auf der portugiesischen Seite, sitzen. Es heißt, daß er ursprünglich im Betschuanalande habe bleiben wollen. Als er aber dort seine Gewehre habe abgeben sollen, sei er wieder weggezogen. Es wird vermutet, daß er bei dem Trupp gewesen sei, dem es seinerzeit gelang, bei Grootfontein vorüberzukommen. Die Kapitäne Lazarus Swartboi von Franzfontein, Jan Uichamab und der Polizist Geisib aus Rehoboth, gegen welche ein gerichtliches Verfahren wegen Hoch- und Landesverrats, Mord und Anstiftung zum Morde schwebte, sind, wie Generalleutnant v. Trotha mitteilt, vor Abschluß der Untersuchung gestorben.

In den letzten Nachrichten über Hendrik Witboi wurde bemerkt, daß er mit Geld reichlich versehen sei. Das würde damit im Einklang stehen, daß man zu Beginn des Aufstandes im Süden berechnete, daß bei den ermordeten Farmern etwa 20 000 Pfund Sterling oder 400 000 Mark in baarem Gelde vorgefunden und den Räubern als Beute zugefallen sein mochten. Es war eine gute Geschäftszeit im Süden, man hatte viel Vieh verkaufen können. Die Buren, die ja ein großes Kontingent zu den Ermordeten gestellt hatten, pflegen, wie bekannt, ihr Geld immer bei sich zu behalten. Von einigen wußte man auch, daß sie gerade größere Zahlungen vorhatten, so daß für die damalige Schätzung eine Reihe sicherer Unterlagen vorhanden war.

Neuer Truppentransport.

Der nächste Militärtransport nach dem südwestafrikanischen Kriegsschauplatz wird 719 Mann umfassen. Die Sammlung der Truppen hat am Montag begonnen, aber nicht auf dem Döberitzer Schießplatz, sondern auf dem Militärübungsplatz bei Munster in Hannover. Bei dem letzten Transport nach Südwestafrika standen der Militärverwaltung 1000 Pferde zur Verfügung, von welchen jedoch nur etwa 500 nach dem Kriegsschauplatz mitgingen. Die zweite Hälfte soll nun mit dem Transport in den letzten Tagen dieses Monats nach Ostafrika gesandt werden.

Der russisch-japanische Krieg.

Die Konferenz.

Das Bureau Reuter meldet aus Portsmouth: In der Sonnabendsitzung erklärte Minister v. Witte bei der Verhandlung über Korea, Japans wahre Absicht sei, aus Korea eine japanische Provinz zu machen. Rußland habe gegen die Besitzergreifung durch die Japaner nichts einzuwenden, aber Japan solle die Absichten in vollem Umfange zugestehen, damit die Welt über die Lage im klaren sei. Japans Absicht laufe den Interessen Europas und Amerikas zuwider; wenn jedoch Japan diesen Interessen Rechnung trage, so werde Rußland keinen Einspruch erheben. Baron Komura widersprach den Aeußerungen Wittes in bestimmter, aber freundlichster Weise und erklärte, Japan suche in Korea nur kommerzielle und industrielle Vorteile, wozu es berechtigt sei, und bestrebe sich, dieses Land vor der Anarchie der Verwaltung zu schützen. — Nach dem Bericht des Bureaus Reuter ist die Stimmung allgemein etwas hoffnungsvoller. Den Hauptgrund bildet die Vermutung, daß Japan entweder bereit sei, in den Fragen der Kriegsentschädigung und der Abtretung von Sachalin nachzugeben, oder daß es glaube, der Weg werde gefunden, die Einwendungen Rußlands zu widerlegen, sobald es zur endgiltigen Entscheidung kommt. Angeblich werden von außenher bei beiden Parteien starke Einflüsse geltend gemacht. Für den Augenblick ist das Bestreben darauf gerichtet, Zeit zu gewinnen. — Der Berichterstatter der „Times" in Portsmouth fragte einen russischen Vertreter, ob der Entschluß, gewisse Forderungen Japans abzulehnen, durch Ereignisse in der Mantschurei, die sich während der Verhandlungen ergeben könnten, berührt werden würde. Die Antwort lautete: „Niemals!" Es sei einerlei, was auf dem Kriegsschauplatz geschieht, einerlei, ob Sieg oder Niederlage, einerlei, ob die Russen von einer neuen Katastrophe ereilt werden oder nicht. Gewisse Forderungen Japans würden niemals angenommen werden. — Die Diskussion verläuft in folgenden Formen: Die Delegierten erörtern zunächst zwölf Grundsätze (principles); daraus erst sollen im Protokoll „terms" (Bedingungen in allgemeinen Umrissen) werden und aus diesen endlich die „conditions" (spezielle Friedensbedingungen) sich entwickeln. Nach Pariser Meldungen aus Amerika erhält sich dort die Meinung, daß die in Portsmouth weilenden, häufig mit Komura und Takahira verkehrenden amerikanischen Bankiers Japans einem finanziellen Arrangement mit den russischen Bankiers geneigt wären, falls die beiderseitigen Diplomaten über die politischen Grundlagen der Kombination einig geworden seien. Von russischer Seite wird darauf hingearbeitet, daß Japan seinen Einfluß in Peking geltend mache, damit der zwischen der transsibirischen Bahnstrecke und dem Amurlauf gelegene Bogen des nordmantschurischen Gebiets russisch werde. Gegen dieses Zugeständnis, für welches China auf Sachalin (?) entschädigt werden könnte, würde Rußland diese Insel abtreten. Witte behält sich bei günstigem Fortschreiten der Verhandlungen einen augenblicklich nicht näher zu erörternden Vorschlag vor, welcher bezweckt, Japan auf Jahre hinaus bedeutende Zolleinnahmen zu sichern. Diese künftigen Vorteile möchte Witte schon jetzt in Rechnung stellen, um die japanischen Forderungen teilweise zu kompensieren. Als gleichfalls wichtiges Kompensationsobjekt wird russischerseits die durchaus privaten Charakter tragende, also völkerrechtlich vor einfacher Beschlagnahme geschützte ostchinesische Bahn betrachtet. Diese und noch andere Wittesche Ideen werden offiziös, das heißt vollkommen unverbindlich, von japanischen Fachmännern geprüft werden.

Witte am Werk.

Herr v. Gottberg meldet dem „L.-A.": Ich konnte den sich überstürzenden Worten dieses urwüchsigen, scheltenden Riesen nicht mehr folgen, so faszinierend war der Anblick dieses fast tobenden, kraftvollen Naturmenschen in groben Schuhen und an den Knieen bauschigen Beinkleidern. Doch unterbrach er sich plötzlich: „Halt, meine Herren, ja, ich habe Ihnen etwas zu sagen: ich erwarte, daß Sie in der knappsten, förmlichsten und kategorischsten Form dementieren, daß ich, wie überhaupt jemand auf russischer Seite, je den Versuch gemacht habe, einen Waffenstillstand herbeizuführen. Ich sage das, weil ein amerikanisches Blatt mir andichtet, ich hätte Komura fast fußfällig um Einstellung der Feindseligkeiten gebeten." Rauh, heiser und mit nahezu zum herrisch befehlenden Anbrüllen erhobener Stimme wurden diese Worte gerufen, nicht gesprochen. Dann plötzlich kam wieder der liebenswürdige Witte zum Durchbruch, der als Vertreter des autokratischen Rußlands offener als je ein republikanischer Minister in Washington sprach. Er sagte, daß er selbst nur zu gern uns mit allen Phasen des großen historischen Ereignisses, das sich ent-